

© Tageszeitung »neues deutschland«

LINKER darf nicht oberster Geheimdienstkontrollleur werden

Parlamentarisches Kontrollgremium des Bundestags bestimmt mehrheitlich, dass CDU-Mann Clemens Binninger Chef bleibt

Aufgrund vieler Skandale um deutsche Geheimdienste hatte die Große Koalition versprochen, das PKGr zu stärken. Doch es besteht die Gefahr, dass ihre Maßnahmen das Gegenteil bewirken werden.

Von Aert van Riel

Auf dem Sportplatz verstehen sich Politiker von Koalition und Opposition bestens. Im Fußballteam des FC Bundestag sind sie aufeinander angewiesen. Im Angriff bekommt der sächsische LINKE-Politiker André Hahn viele Zuspiele. Dieses Jahr war er mit fünf Treffern der erfolgreichste Torschütze. Doch abseits des Platzes ist Hahn nun auf einige Parlamentskollegen nicht gut zu sprechen. Am Mittwochabend hat das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) für die Geheimdienste verhindert, dass der LINKE-Abgeordnete im kommenden Jahr Vorsitzender des Gremiums wird. Eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung wurde in einer Sondersitzung mit den Stimmen von Union und SPD beschlossen. Chef des PKGr bleibt der CDU-Politiker Clemens Binninger. Hahn ist weiterhin Vizevorsitzender.

Normalerweise wechselt die Besetzung des Chefpостens jährlich zwischen der größten Regierungspartei und der Oppositionsführerin. Doch nun meinen Politiker der Union, dass Kontinuität für die Arbeit des Ausschusses wichtig sei. Hahn, der im Jahr 2015 Chef des PKGr war, hält dieses Argument für vorgeschoben. Denn Binninger wird nicht lange Vorsitzender bleiben. Kommendes Jahr kandidiert er nicht mehr für den Bundestag. Hahn ging im Gespräch mit »nd« davon aus, dass »in der Großen Koalition offenbar große Angst herrscht, dass dieser Ausschuss im Wahljahr von einem LINKEN geleitet wird«. Hahn will die Geheimdienste grundsätzlich überwinden. Enttäuscht äußerte er sich über die SPD. Für sie hätte der Einsatz für die Minderheitenrechte eine Chance sein können, sich mal von der Union zu emanzipieren, da sie doch mit der Großen Koalition angeblich so unzufrieden ist, monierte Hahn.

Auch der Ältestenrat des Bundestags hatte sich kürzlich mit dem Thema beschäftigt. Dort hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) nach Angaben von Teilnehmern Verständnis für die Kritik der LINKEN gezeigt. Es gab aber keine förmliche Stellungnahme, sondern nur den Hinweis, dass die Entscheidung letztlich beim PKGr liege und die Geschäftsordnung des Bundestags hierzu keine Regelung vorsehe. Die Linksfraktion hat nach den Worten von Hahn keine Möglichkeiten, rechtlich gegen die Entscheidung des Kontrollgremiums vorzugehen.

Die neuen Geheimdienst-Gesetze sehen für das PKGr eine neue Kontrollfunktion vor. Nach den Geschäftsordnungsänderungen wird dem Gremium künftig auch ein Ständiger Bevollmächtigter mit einem eigenen Mitarbeiterstab an die Seite gestellt. Seine Amtszeit soll fünf Jahre betragen. Das informelle Vorschlagsrecht lag bei der Unionsfraktion. Die Wahl ist auf Arne Schlatmann, bisher Unterabteilungsleiter im Bundesinnenministerium, gefallen. Er ist nun in der

Sitzung des PKGr bestellt worden. Schlatmann wird demnächst von Lammert offiziell ernannt.

Die Personalie wurde in dem Gremium kontrovers diskutiert. »Nach meiner Kenntnis werden Beamtenstellen üblicherweise ausgeschrieben. Dann hätte man zwischen mehreren Bewerbern auswählen können«, sagte Hahn. In den Reihen von LINKEN und Grünen war zudem zuletzt die Sorge geäußert worden, dass dem Bevollmächtigten allein sensible Vorgänge oder Akten vorgelegt werden. Die Große Koalition hatte hingegen versprochen, dass die Kontrollrechte des PKGr »intensiver, koordinierter und kontinuierlicher wahrgenommen werden können«. Dieser Ansatz klingt angesichts der Spionageaffäre um BND und NSA sowie der Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die Mordserie des rechtsradikalen NSU richtig. Es besteht aber die Gefahr, dass die Maßnahmen von Union und SPD entgegen ihrer Ankündigung zu noch weniger Kontrollmöglichkeiten durch das Parlament führen werden.

a vom Freitag, 16. Dezember 2016, Seite 6